

Der Vorstand des Vereins pfälzischer Pfarrerinnen und Pfarrer e.V. hat am 20. Juni 2011 den Frankenthaler Appell beschlossen. Der Verwaltungsrat hat die Konkretion des Appells am 22. August 2012 beraten und verabschiedet:

## **Wege in die Freiheit**

### **- wider die Selbstvergleichgültigung in der Kirche -**

#### **1.) Aufgabe der Kirche in der Gesellschaft:**

„Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem“ (Römerbrief 12,21)

Wir hören aus der Jahreslosung 2011 einen Appell, als Kirche für Offenheit und Vertrauen in der Gesellschaft einzutreten und sich in der Welt gegen Ungerechtigkeit zu Wort zu melden. Die Vielfalt kirchlichen Lebens und Handelns ist Antwort der Christen auf das Hören der frohen Botschaft von Gottes Zuwendung zum Menschen.

#### **2.) Wider die Selbstvergleichgültigung der Kirche**

Wir suchen die Wahrheit und streiten für den rechten Weg, um Gottes Zuwendung zu den Menschen zur Sprache zu bringen bedarf es der prophetischen Kritik, wenn ungerechte Entwicklungen als alternativlos dargestellt werden!

Die biblische Tradition bietet dazu einen reichen Schatz an Erfahrung. Es gilt, die Gerechtigkeit, die von Gott her kommt, immer wieder neu zu entdecken und zu verkünden. Prophetisches Reden kämpft an gegen die zunehmende Bedeutungslosigkeit des Glaubens in der Gesellschaft und dagegen, dass die Kirche ihren Auftrag selbst nicht mehr ernst nimmt.

#### **3.) Die neue babylonische Gefangenschaft der Kirche**

Die gegenwärtige Situation der Einsparzwänge, der zukünftige Personalmangel und die Verdichtung der Arbeit in vielen Bereichen kirchlichen Lebens binden zu viele Kräfte in der Ev. Kirche der Pfalz. Unsere Landeskirche läuft Gefahr, sich im Reformprozess zu sehr mit sich selbst und ihren Strukturen zu beschäftigen, statt ihren öffentlichen Auftrag wahrzunehmen.

#### **4.) Wege in die Freiheit**

Pastoraler Dienst und diakonisches Handeln müssen von selbstgemachten Zwängen befreit werden. Neue Wege müssen gesucht werden.

**Wir fordern eine Rückbesinnung darauf, dass sich Kirche als Organisation von unten nach oben aufbaut. Im Reformprozess müssen Presbyterien einbezogen sein. Die Basis ist Subjekt und nicht Objekt der Reform.**

Alle anstehenden Reformen müssen daraufhin geprüft werden, inwieweit sie der Grundaufgabe öffentlicher Verkündigung des Evangeliums dienen.

***Gott hat uns nicht einen Geist der Verzagtheit gegeben, sondern den Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit". 2. Tim 1,17***

# Frankenthaler Appell: Konkretionen, 22.8.2012

Diese Forderungen sollen in allen Pfarrkonventen und Zusammenkünften besprochen und diskutiert werden. Kommentare, Ergänzungen und Korrekturen bitte bis 31. Oktober an die Geschäftsstelle des Vereins pfälzischer Pfarrerinnen und Pfarrer senden. Ein „blog“ ist in Vorbereitung. Weitere Informationen unter [www.pfarrerblatt.de](http://www.pfarrerblatt.de)

- 1.) Das Ergebnis der **Portfolioanalyse** der Landessynode vom 8. März 2012 bestätigt, dass der Pfarrdienst und die Kirchengemeinden als sehr wichtig für die Gesellschaft und sehr profilbildend für die Kirche bewertet werden. Daher benötigen die Kirchengemeinden eine bessere finanzielle Ausstattung: Wir fordern die Landessynode auf, den Finanzierungsschlüssel deutlich zugunsten der Kirchengemeinden zu verändern.
- 2.) Außerdem fordern wir, die **Finanzmittel für die Kindertagesstättenarbeit** künftig nicht mehr aus dem Anteil der Kirchengemeinden, sondern aus dem landeskirchlichen Anteil zu bestreiten. Angesichts des gesetzlichen Anspruchs auf einen Kindergartenplatz muss grundsätzlich überdacht werden, ob die Kirche weiterhin flächendeckend Kindertagesstätten unterhalten will.
- 3.) Der Anteil der Landeskirche an der **Finanzierung der Verwaltungsämter** wurde auf Pflichtaufgaben begrenzt. Daher fordern wir, dass die zusätzliche Belastung der Kirchengemeinden für weitere Verwaltungsaufgaben (z.B. Fundraising) wieder zurückgenommen wird.
- 4.) Es gibt keine landeskirchliche Verwaltungszuweisung für die **pfarramtliche Verwaltung** vor Ort. Wir fordern daher eine klare Regelung der Pfarramtsverwaltung analog der Praxis in anderen Landeskirchen. Diejenigen Aufgaben der Pfarramtsverwaltung, die nicht direkt aus dem Körperschaftsstatus der Kirchengemeinde resultieren (etwa Kindergartenarbeit, Berichtswesen, Bauanträge, Kirchenbuchführung und das Ausstellen von Spendenbescheinigungen), sollen überprüft und nach Möglichkeit in den Kooperationszonen gemeinsam erledigt werden.
- 5.) Wir fordern ein **neues Verwaltungsparadigma**, das sich funktional an Kirche und an den spezifischen Erfordernissen der Kirchengemeinde orientiert. Die Verwaltung des Landeskirchenrates ist immer noch als Genehmigungsbehörde organisiert. Viele Genehmigungsverfahren werden mittlerweile von den Bezirkskirchenräten der Dekanate durchgeführt. Diese Veränderungen müssen in der Struktur der Landeskirche klarer und deutlicher abgebildet werden, indem der ehemalige Behördencharakter des Landeskirchenrates in die aktuelle Beratungsinstanz der Gesamtkirche überführt wird.

- 6.) Es ist widersinnig, dass einerseits von Seiten der Landeskirche neue **regionale Kooperationen** gefordert werden und andererseits bewährte Formen der Kooperationen nicht mehr länger finanziell unterstützt werden. Wir fordern die ideelle und finanzielle Unterstützung sinnvoller Kooperation, lehnen aber jeden Zwang und jeden zeitlichen Druck bei Kooperationen und Fusionen ab.
- 7.) Die hohe Anzahl der Gebäude mit einem grundlegenden **Sanierungsstau** bedeutet eine große finanzielle Last. Wir fordern den Verkauf bzw. die Genehmigung des Verkaufs von Gebäuden, deren Zweck sich aufgrund des Abbaus von Personal, der Streichung von Pfarrstellung oder der Zusammenlegung von Kirchengemeinden nicht mehr erschließt (Verwaltungsgebäude des Landeskirchenrates, Pfarrhäuser der abgebauten Pfarrstellen, Kindertagestätten, baufällige oder entwidmete Kirchen und Gemeindezentren).
- 8.) **Religionsunterricht** an öffentlich-rechtlichen Schulen im Rahmen des Gemeindepfarrdienstes ist dann sinnvoll, wenn er orts- und gemeindenah erfolgt. Wir fordern deshalb, Pfarrerinnen und Pfarrer gezielt in denjenigen Schulen einzusetzen, die im Gemeindebereich liegen.
- 9.) Die **Ehrenamtlichen** werden inhaltlich und zeitlich mit immer neuen und zusätzlichen Aufgaben belastet: ehrenamtliche Verwaltung (Bau, Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit), Gremienarbeit (Presbyterium, Bezirkssynode, Verwaltungsamt, Ausschüsse, Koordinierungsbeiräte usw.), ehrenamtliche Verkündigung, Besuchsdienst, Fortbildungen, Hospiz uvm. Wir fordern die Überprüfung der Erwartungen an Ehrenamtliche und die Reduzierung der Strukturen und Gremien, um dadurch sowohl die Ehren- als auch die Hauptamtlichen zu entlasten.
- 10.) Entscheidungen und Strategien werden immer öfters in Beiräten, Arbeitsgruppen, Arbeitskreisen, Steuerungsgruppen, kirchenpolitischen Gruppierungen und Präsidien vorbereitet und getroffen. Zeit für Diskussion und inhaltliche Auseinandersetzung ist kaum noch vorhanden. Wir fordern eine Debatten- und Streitkultur ein, die es erlaubt, in verfassungsmäßigen Entscheidungsgremien wieder gemeinsam um die Wahrheit zu ringen. Insbesondere bei Wahlverfahren sollte immer für ausreichend Kandidatinnen und Kandidaten gesorgt werden, damit eine echte Wahl stattfinden kann. Allen Formen von **Entdemokratisierung** in der Kirche muss mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.
- 11.) Die **Attraktivität des Pfarrberufes** (Schlüsselfunktion in der Kirche) muss gesteigert werden. Wir fordern deshalb ein klares Bekenntnis von Synoden und anderen landeskirchlichen Organen zum Pfarrberuf. Dieses Bekenntnis muss auch eine Kultur der Wertschätzung nach Innen und Außen durch Kirchenleitung und Dienstaufsicht beinhalten, der sich auch die Pfarrerinnen und Pfarrer untereinander anschließen müssen.
- 12.) Die Kirche verkommt immer mehr zu einer reinen Schaufensterkirche: Events statt **Botschaft Jesu Christi!** Diese Entwicklung führt zu einer Ökonomisierung der kirchlichen

Strukturen und zur Bildung von Personalgemeinden. Wir fordern die Rückkehr zur Parochie als dem Kern kirchlichen Wirkens – allerdings in enger Kooperation mit den anderen Formen kirchlicher Arbeit und Diensten.